

AGV

Arbeitsgemeinschaft katholischer
Studentenverbände (AGV) e.V.



Impressum

Herausgeber

Arbeitsgemeinschaft katholischer
Studentenverbände (AGV) e.V.

Luisenstraße 36
53129 Bonn

Redaktion

Alexander Drees, Moritz Findeisen,
Hermann-Josef Großimlinghaus,
Petra Lammerding, Philipp Leber,
Fabian Toros, Johannes Winkel

V.i.S.d.P.

Moritz Findeisen, Vorsitzender

Gestaltung

Lennart Biesenbach

Kontakt

www.agvnet.de
info@agvnet.de

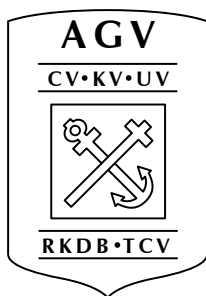
Bonn, 2017

ISBN: 978-3-9817966-0-5

Wahlprüfsteine

zur Bundestagswahl 2017

Mai 2017



Inhalt

Einleitung

1. Demokratie braucht politisches Engagement5
2. Katholische Soziallehre – „Baugesetz der Gesellschaft“ 7

Themenfelder

1. Schutz des Lebens8
2. Familie – Keimzelle der Gesellschaft 10
3. Bildung – Gradmesser für die Gesellschaft 12
4. Innere Sicherheit – Voraussetzung von Freiheit 15
5. Generationengerechtigkeit – Verteilung zugunsten der Jüngeren 17
6. Eine Welt – Verantwortung für das „Gemeinsame Haus“ 19
7. Migration und Christenverfolgung 20
8. Den europäischen Gedanken stärken 22

Schlussbemerkung

- Wahlkampf in Zeiten von Globalisierung und Populismus 26

Einleitung

1. Demokratie braucht politisches Engagement

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) e.V. repräsentiert rund 10.000 katholische Studentinnen und Studenten und ist mit ihren fünf Mitgliedsverbänden an nahezu allen deutschen Hochschulen vertreten. Als parteipolitisch ungebundene Interessenvertretung formuliert sie Stellungnahmen zu gesellschaftsrelevanten Fragen aus der Perspektive junger katholischer Christen und bemüht sich um eine kritische Begleitung der aktuellen politischen Debatte.

Mit den vorliegenden *Wahlprüfsteinen* erhebt die AGV ihre Stimme im gegenwärtigen Wahlkampf und will den Mitgliedern ihrer Verbände eine Orientierungshilfe für die politische Meinungsbildung geben. Dabei geht es nicht darum, konkrete Wahlempfehlungen auszusprechen – vielmehr bieten die folgenden Darstellungen inhaltliche Kriterien zur Bewertung verschiedener Parteiprogramme und der Positionierung einzelner Politiker in Bezug auf zentrale politische Themenfelder.

Eine demokratische Gesellschaft braucht engagierte Bürger, die sich für die politische Debatte interessieren und aktiv daran teilnehmen. Gleichzeitig bedarf es glaubwürdiger politischer Vertreter, die eine Vorbildfunktion insbesondere für junge Menschen einnehmen – diese sollen als die zukünftigen Verantwortungsträger mit der Erfahrung aufwachsen, dass die ihnen vorgelebten

Grundsätze nicht hehre Theorie bleiben, sondern Verwirklichung in der Praxis finden.

Zu den unverzichtbaren demokratischen Tugenden gehört an erster Stelle die Bereitschaft, das eigene, partikulare Interesse dem Gemeinwohl ein- oder unterzuordnen. Eine Demokratie ist auf Dauer nur funktionsfähig, wenn sie auf dem Konsens gründet, dass dem Wohl aller Priorität zukommen muss, ohne dass dabei die Not des Einzelnen unberücksichtigt bleibt. Angesichts der gegenwärtigen innen- wie außenpolitischen Herausforderungen rufen wir die politischen Verantwortlichen zu mutigen und gegebenenfalls auch unbequemen Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls auf.

Ein deutlich zu beobachtender Anstieg der Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen in verschiedenen deutschen Bundesländern oder bei jüngst zurückliegenden Parlamentswahlen ist als hoffnungsvolles Zeichen für das wachsende Interesse der Bevölkerung am politischen Geschehen und einen neu geweckten Willen zur politischen Beteiligung zu deuten. Damit sich diese jedoch nicht in indifferentem Protest erschöpft, gilt es, der schleichend um sich greifenden Verachtung für die vermeintliche Elite *da oben* und die ihr unterstellte Arroganz gegenüber denen *da unten* entgegenzuwirken – eine Aufgabe, die sich im alltäglichen Umfeld eines jeden von uns stellt. Nur durch persönliche Glaubwürdigkeit im Kleinen und politische Transparenz im Großen kann Vertrauen zurück gewonnen und anhaltendes Engagement für unser demokratisches System gefördert werden.

2. Katholische Soziallehre – „Baugesetz der Gesellschaft“

Damit die berechtigte Forderung nach einer am christlichen Menschenbild orientierten Politik nicht zur ermüdenden Floskel degeneriert oder als billiges Totschlagargument abgetan wird, muss sich die Rede von den *christlichen Werten* mehr denn je in der Übersetzungsfähigkeit üben, den Inhalt ihrer theistisch begründeten Annahmen und Postulate in einer vorwiegend säkular geprägten Gesellschaft verständlich zur Sprache bringen zu können.

Ausgehend von der unbedingten Wertschätzung jedes menschlichen Lebens bilden die in der katholischen Soziallehre formulierten Strukturprinzipien als „Baugesetze der Gesellschaft“ (Nell-Breuning) den Maßstab, an dem sich der humanitäre Anspruch politischer Entscheidungen zu bewähren hat: die Achtung vor der Freiheit des Individuums (*Personalität*), die Ermutigung zur Eigenverantwortlichkeit (*Subsidiarität*) und die Verpflichtung auf gegenseitige Fürsorge und ein am Gemeinwohl ausgerichtetes Handeln (*Solidarität*). Die erfreuliche Beobachtung, dass diese Überzeugungen im Laufe ihrer geschichtlichen Rezeption gewissermaßen eine positive Säkularisierung erfahren haben und jenseits ihrer theologischen Begründung längst zu weitestgehend selbstverständlichen Grundpfeilern unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens geworden sind, darf nicht zum Ausruhen auf dem bereits Erreichten verführen. Politischer Handlungsbedarf besteht insbesondere dort, wo die Umsetzung der Sozialprinzipien in ihrer Nachhaltigkeit bedroht oder einzelne Gesellschaftsbereiche davon ausgenommen sind.

Themenfelder

Die Anordnung der hier behandelten Themenfelder entspricht ihrer inhaltlichen Orientierung am christlichen Menschenbild und erfolgt gewissermaßen von „innen“ nach „außen“: vom Schutz des Lebens und der Familie (1.–2.), über die politischen Rahmenbedingungen zur Selbstverwirklichung des Menschen, wie Bildung, innere Sicherheit und Generationengerechtigkeit (3.–5.), hin zur weiter reichenden Verantwortung unserer Gesellschaft im Hinblick auf die eine Welt, globale Migration und Europa (6.–8).

1. Schutz des Lebens

Nach christlicher Glaubensüberzeugung ist der Mensch von Gott als dessen Ebenbild geschaffen und mit unverlierbarer Würde ausgestattet. Diese zu verteidigen und den unbedingten Schutz des menschlichen Lebens zu gewährleisten, ist die vorrangige Aufgabe jedes staatlichen Handels. Dabei gilt das grundgesetzlich garantierte Recht des Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit vom ersten Augenblick seines Daseins bis zu seinem Tod.

Die in verschiedener Ausprägung wiederkehrenden Forderungen nach einer umfangreichen Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, der vorgeburtlichen Embryonaldiagnostik (PID) oder der aktiven Sterbehilfe zeugen von der Bedrohung dieses Rechts durch einen schlei-



chenden Bewusstseinschwund breiter Gesellschaftsschichten in puncto Lebensschutz.

Demgegenüber gilt es deutlich zu machen, dass der Embryo nicht erst zu einem nach verschiedenen Parametern zu definierenden Zeitpunkt während der Schwangerschaft zum Menschen wird, sondern sich bereits vom Moment der Befruchtung an als Mensch mit eigener Würde entwickelt. Ebenso dürfen etwa der unabwendbare Verlust des Ich-Bewusstseins schwer dementer Patienten oder fehlende Therapiemöglichkeiten unheilbar Kranker nicht als Legitimation für die gezielte Herbeiführung des Todes herangezogen oder, im anderen Fall, künstlich erzeugte Embryonen aufgrund zu erwartender gesundheitlicher Beeinträchtigungen selektiert werden.¹

Da der Mensch gerade am Anfang und Ende seines Lebens am meisten auf fremden Schutz angewiesen ist, bedarf es hier einer ethisch fundierten Rechtsprechung, die, um Dammsbrücheffekte zu verhindern, nicht die Regelung medizinischer oder moralischer Extremfälle zum Maßstab der ordnungsmäßigen Praxis erheben darf. Besondere Vorsicht ist dort geboten, wo die politische Debatte Gefahr läuft, von hintergründigen Fremdinteressen beeinflusst zu werden. So muss das Verbot jeglicher Kommerzialisierung des Sterbens unter dem Deckmantel des assistierten Suizids mit aller Entschiedenheit verteidigt werden, um einem gesellschaftlichen Klima entgegenzuwirken, in dem sich pflegebedürftige oder

¹ Vgl. hierzu das AGV-Positionspapier zur Präimplantationsdiagnostik (2010)*

schwerkranke Menschen dem fatalen Druck ausgesetzt sehen, Familie und Staat durch die vorzeitige Beendigung des eigenen Lebens entlasten zu müssen.²

Neben der Stärkung des ethischen Bewusstseins der Bevölkerung sind die politischen Kräfte hier nach Sicht der AGV vor allem in der Pflicht, die nötigen Rahmenbedingungen für den Schutz des ungeborenen oder aber durch Alter und Krankheit geschwächten Lebens zu gewährleisten – etwa durch den Ausbau der katholischen Schwangerschaftsberatung bzw. der palliativmedizinischen Einrichtungen.

2. Familie – Keimzelle der Gesellschaft

Seit jeher basiert unsere Gesellschaft auf der Familie als Stabilitätsanker. In der Familie werden wichtige Werte vermittelt, Solidarität gelebt und der Fortbestand der Gesellschaft gesichert. Familie ist immer dort, wo Kinder im vertrauensvollen Umfeld ihrer Eltern(teile) aufwachsen. Aufgrund der herausragenden Bedeutung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft genießt sie, ebenso wie das eheliche Zusammenleben von Mann und Frau, den grundgesetzlich garantierten besonderen Schutz des Staates.

In der letzten Legislaturperiode wurden viele Maßnahmen getroffen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbeson-

² Vgl. hierzu das AGV-Positionspapier zur organisierten Suizidbeihilfe (2015)*

dere für Mütter, zu erleichtern. Wir begrüßen die Bemühungen der Bundesregierung, Eltern eine gemeinsame Familienzeit zu ermöglichen und den Wiedereinstieg nach der Geburt von Kindern zu vereinfachen. Wir fordern die Politik jedoch auf, eine echte Wahlfreiheit für Familien zu garantieren. Familien sollen sich frei entscheiden können, ob und in welchem Umfang beide Elternteile in ihren Beruf zurückkehren. Um dies sicherzustellen, muss die Erziehungsleistung der Eltern sowohl gesellschaftlich als auch institutionell anerkannt werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie darf nicht aus ökonomischer Perspektive beantwortet werden, sondern sollte aus der Perspektive des Kindeswohls gesehen werden. Kinder profitieren davon, in stabilen, behüteten Verhältnissen aufzuwachsen und mit ihren Eltern gemeinsam die Welt zu entdecken. Um der Leistung von Familien gerecht zu werden, gilt es den generativen Beitrag von Familien in den Sozialversicherungssystemen zu berücksichtigen. Zudem müssen kinderreiche Familien stärker unterstützt werden, damit Kinder nicht zum Armutsrisiko werden.

Als Vertretung von Studierenden und jungen Akademikern hat die AGV insbesondere die Situation junger Familien im Blick. Durch die bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie würden mehr junge Menschen dazu ermutigt werden, früh eine Familie zu gründen. Hierzu ist neben einer flexibleren Gestaltung des Studienablaufs auch die Berücksichtigung von



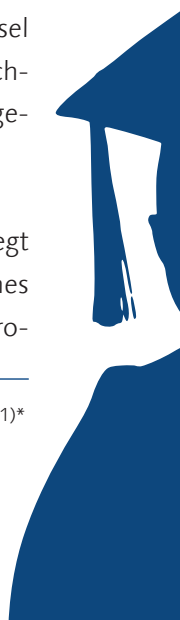
Kindern in der finanziellen Förderung von Studenten wichtig. Die Förderung von jungen Familien muss die zentrale Antwort auf die demographische Entwicklung sein.

3. Bildung – Gradmesser für die Gesellschaft

Die deutsche Hochschullandschaft befindet sich noch immer in der Umsetzung der durch den Bologna-Prozess in Gang gesetzten Veränderungen. Auch mehr als zehn Jahre nach der Reform sind die Ziele der nationalen und internationalen Mobilität und Anerkennung von Studienleistungen noch nicht zufriedenstellend umgesetzt.³ Die hohe Anzahl von hoch spezialisierten Studiengängen mit sehr ausdifferenzierten Studienordnungen machen den Wechsel zwischen verschiedenen Hochschulorten nahezu unmöglich und erschweren die Anerkennung des erstandenen Akademisierungsgrades in Wirtschaft und Gesellschaft. Die AGV setzt sich für die Schaffung von einheitlichen Rahmenbedingungen und vergleichbaren Studienordnungen ein, um den Studienortwechsel in ganz Europa zu erleichtern. Darüber hinaus müssen die Hochschulzugangsberechtigungen in den Bundesländern weiter angeglichen werden, um eine größere Vergleichbarkeit zu erreichen.

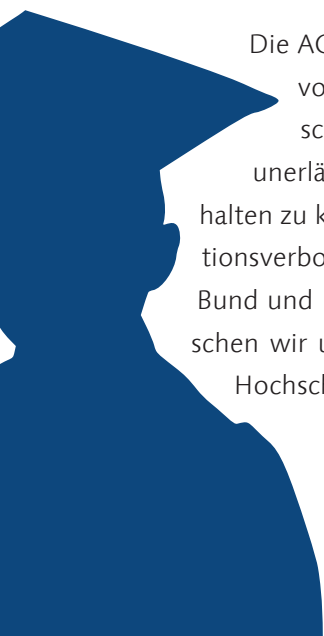
Als Zusammenschluss katholischer Studentenverbände liegt uns das Thema der Bildung und des akademischen Austausches in Europa besonders am Herzen. Das studentische Austauschpro-

³ Vgl. hierzu das AGV-Positionspapier „Zehn Feldberger Thesen zur Hochschulpolitik“ (2011)*



gramm *Erasmus* ist ein glänzender und nicht zu unterschätzender Mosaikstein der Völkerverständigung in Europa. Europas Studentinnen und Studenten fühlen sich an innereuropäische Grenzen längst nicht mehr gebunden. Wir begrüßen jeden Ausbau des Programms und jede Ausweitung auf andere Begegnungsfelder – beispielsweise auf die Ebene der Schule oder der wissenschaftlichen Forschung, aber auch auf die außeruniversitäre Berufsausbildung.

Die Idee, dass das Studium, nach dem Erlangen des akademischen Grades des Bachelors nach drei Jahren, von einem Großteil der Studenten nicht weitergeführt wird, um diese schnell der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Viele Studenten erstreben den akademischen Grad eines Masters, der ohnehin von großen Teilen der Arbeitgeber gefordert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anzahl der angebotenen Master-Studienplätze diesem Bedarf angepasst und deutlich erhöht wird.



Die AGV unterstützt die *Exzellenz-Initiative* zur Förderung von exzellenter Wissenschaft an den deutschen Hochschulen. Weitere Fortschritte in diesem Bereich sind unerlässlich, um im internationalen Wettbewerb Schritt halten zu können. Wir begrüßen die Aufhebung des Kooperationsverbotes (Artikel 91b GG) und die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Hochschulpolitik. Gleichzeitig wünschen wir uns allerdings eine verstärkte Zusammenarbeit der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die Bundesrepublik Deutschland möchte im internationalen Wettbewerb als Vorreiter im Bereich Innovation und Fortschritt gelten. Die AGV stellt diesbezüglich fest, dass die Förderung von Gründerinitiativen in der Wissenschaft noch defizitär ist. Wir fordern den Abbau von Bürokratie und den erleichterten Zugang zu finanziellen Mitteln. Gleichzeitig bedarf es des Ausbaus von Lehrstühlen, die sich mit dem Thema „Start-Up“ befassen. Die Digitalisierung der Lehre an den Hochschulen muss gefördert werden. Sinnbildlich für den Status quo ist der anhaltende Konflikt zwischen der Hochschulrektorenkonferenz und der VG-Wort. Wir fordern die Anpassung des bestehenden Urheberrechts, um innovative Lehrkonzepte zu ermöglichen und gleichzeitig den Autoren ausreichend Schutz zu gewähren.

Die AGV begrüßt die Erhöhung der Förderung nach dem BaföG. Allerdings spiegelt die derzeitige Mittelvergabe nur begrenzt die Realität wieder. Um den höchst unterschiedlichen Lebenshaltungs- und Wohnkosten im Bundes- und Hochschulvergleich Rechnung zu tragen, bedarf es eines föderalistischeren Ansatzes der Bedarfsberechnung. Die AGV stellt zufrieden fest, dass die Anzahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten in den Begabtenförderungswerken weiterhin steigt. Es ist daran zu arbeiten, dass möglichst vielen begabten Studierenden eine solche ideelle und finanzielle Förderung zuteilwird.

Der Bildungsgrad stellt einen elementaren Bestandteil für die Entwicklung der Gesellschaft und der Volkswirtschaft dar. Deswegen fordern wir dazu auf, die Bildungslandschaft in Deutschland

weiter zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen. Hierzu gehört auch eine gesteigerte Kompetenz- und Mittelerhöhung.

4. Innere Sicherheit – Voraussetzung für Freiheit

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Gegenüber seinen Bürgern kann er das Gewaltmonopol nur in glaubwürdiger Weise einfordern, wenn er seine Pflicht erfüllt, seine Bürger vor Gefahren aus dem In- und Ausland effektiv zu schützen.

Hierzu bedarf es einer erneuerten gesellschaftlichen Wertschätzung gegenüber den Mitgliedern und der Arbeit unserer Sicherheitsorgane. Die Gesellschaft ist den Polizistinnen und Polizisten, aber auch den Angehörigen der Bundeswehr, deren Berufsbild zunehmend durch höhere Gefahren für Leib und Leben geprägt ist, mehr Anerkennung schuldig, als wir dies oftmals erleben. Die Politik muss hierbei ein Vorbild sein. Einerseits durch einen respektvollen Umgang mit der Arbeit von Polizistinnen und Polizisten in der Öffentlichkeit und den Medien. Andererseits müssen wir unsere Sicherheitskräfte durch exzellente personelle und sachliche Ausstattung entlasten. Die AGV begrüßt einen wachsenden Konsens der politisch Verantwortlichen in dieser Frage in den vergangenen Monaten.

Doch bei allen berechtigten Forderungen nach personellen und finanziellen Nachbesserungen muss auch auf einer anderen Ebene

ein Kurswechsel der Politik erfolgen. Bei allem Verständnis für eine besonnene Rhetorik in Krisenzeiten benötigen wir auch Zeichen der Entschlossenheit, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu demonstrieren und verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Dabei muss geltendes Recht überall und in jeder Hinsicht stringent durchgesetzt werden, um die Institution des Rechtsstaates zu schützen.

Es ist nicht akzeptabel, wenn unsere Sicherheitskräfte bei der Durchführung ihrer Aufgaben – die Durchsetzung geltenden Rechts – von gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen oftmals unter Beteiligung von politischen Entscheidungsträgern behindert oder sabotiert werden. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind unberührt, Gesetze können geändert werden, politische Debatten müssen geführt werden. Solange aber ein Gesetz besteht, verlangt es der Rechtsstaat und als besondere Ausprägung der Vertrauensschutz, dass es ordnungsgemäß durchgeführt wird. Dies gilt beim Völker-, Europa- und Staatsrecht ebenso wie beim Sozial-, Bau- oder Asylrecht bis hin zur Ahndung von Verstößen gegen das Straßenverkehrsrecht.

Eine effektive und ungestörte Arbeit der Behörden ist insbesondere in Zeiten erforderlich, in denen die Gefahr des international agierenden islamistischen Terrorismus auch in Deutschland nicht mehr eine bloß abstrakte Kategorie ist, sondern zu einer konkreten Bedrohung geworden ist. Hier ist auf eine bessere Koordinierung zwischen Polizei- und Nachrichtendiensten hinzuwirken. Auch im europäischen Kontext müssen Maßnahmen der gemeinsamen

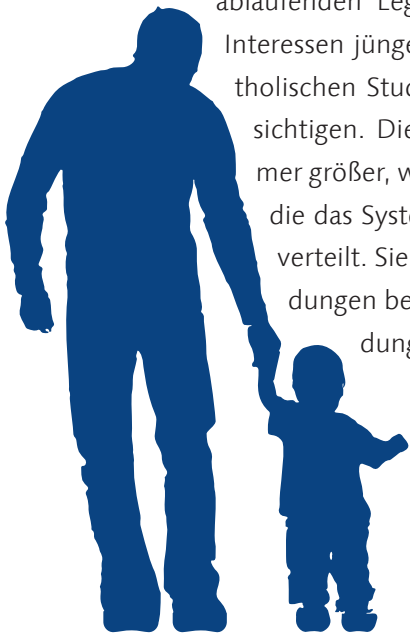
länderübergreifenden Gefahrenabwehr etabliert oder bestehende Konzepte ausgeweitet werden.

5. Generationengerechtigkeit – Verteilung zugunsten der Jüngeren

Als Zusammenschluss von generationsübergreifenden katholischen Studenten- und Akademikerverbänden misst die AGV dem Thema Generationengerechtigkeit eine besondere Bedeutung bei.⁴ Der Staat muss in seinem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit und die Rechte künftiger Generationen stärker berücksichtigen. Die Frage einer gerechten Verteilung von Lasten zwischen den Generationen wird vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung immer wichtiger.

In diesem Zusammenhang sind auch die Rentenreformen der ablaufenden Legislaturperiode zu betrachten, welche die Interessen jüngerer Generationen nach Auffassung der katholischen Studentenverbände nur unzureichend berücksichtigen. Die Finanzlücke in der Rentenkasse wird immer größer, weshalb die AGV eine Rentenreform fordert, die das System zukunftsfähig macht und die Lasten fair verteilt. Sie muss die Langzeitfolgen aktueller Entscheidungen berücksichtigen und darf nicht nur der Befriedigung bis zum Ende der Wahlperiode reichen.

⁴ Vgl. hierzu den AGV-Standpunkt Nr. 15 „Herausforderung Generationengerechtigkeit“ (2010)*



Staatsverschuldung ist neben Umweltschutz der Bereich, in dem ein Interessengegensatz zwischen heutigen und zukünftigen Generationen am offensichtlichsten ist: Die heute gemachten Staatsschulden treffen vor allem künftige Generationen. Die aktuell lebende Generation bürdet die Kosten für ihren Konsum ihren Kindern und Kindeskindern auf, ohne dass diese sich dagegen wehren können. Mit „Wahlgeschenken“ können Politiker versuchen, sich ihre Wiederwahl zu erkaufen, ohne an die langfristigen Folgen zu denken. Es ist ein gesamtgesellschaftlicher Konsens darüber nötig, dass keine Generation über ihre Verhältnisse leben darf. Die hohen Einnahmenüberschüsse der öffentlichen Haushalte, die aktuell angesichts der positiven Entwicklung der Wirtschaft und rückläufiger Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen sind, sollten auch zum Abbau der nach wie vor hohen Staatsverschuldung verwendet werden. An dieser Forderung ändert auch die *Schwarze Null* bei der Neuverschuldung nichts.

Niedrigste und höchste Einkommen in Deutschland gehen seit den 1990er Jahren auseinander, die Ungleichheit hat zugenommen. Doch die Bundesrepublik verfügt nach wie vor über eine breite *Mitte der Gesellschaft*, die bisher das Kennzeichen einer sozial befriedeten und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft war. Obwohl die Abstiegsgefahr relativ gering ist und es den Deutschen im internationalen Vergleich so gut geht wie nie zuvor, werden viele Menschen von Zukunftsängsten geplagt und fürchten um ihren Wohlstand: Jobs ohne Perspektive, Akademiker im Dauerpraktikum, niedrige Einstiegsgehälter, Zunahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit – um nur einige Ursachen zu

nennen. Im Fokus politischer Maßnahmen muss nach Ansicht der AGV auch die in den letzten Jahren gestiegene Anzahl der von Altersarmut betroffenen Menschen und der in Einkommensarmut lebenden Kinder stehen. Da unsere Kinder die Leistungsträger von morgen sein sollen, ist dies ein erschreckender Zustand. Wir können unsere Demokratie nur stärken, indem wir einen neuen sozialen Kompromiss finden.

6. Eine Welt – Verantwortung für das „gemeinsame Haus“

Auch jenseits der im christlichen Bekenntnis verankerten Verantwortung für die von Gott überreichte Schöpfung steht unsere Gesellschaft ebenso wie jeder Einzelne im Sinne eines *ökologischen Generationenvertrags* in der Pflicht, durch rücksichtsvollen Umgang mit den begrenzten Ressourcen dieser Erde die Lebensgrundlagen künftiger Generationen sicherzustellen. Dabei stellen der Kampf gegen das Ungleichgewicht der Güterverteilung zwischen den Kontinenten und der globale Klimawandel die größten und langfristigen Herausforderungen unserer Zeit dar.



Mit der 2015 von den United Nations verabschiedeten *Agenda 2030* für nachhaltige Entwicklung ist ein hoffnungsvolles Zeichen internationaler Kooperation in zentralen Zukunftsfragen gesetzt worden, an das sich die im Januar veröffentlichte Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung anschließt.⁵ Es gilt nun, die mit der angestoßenen Energiewende verbundene Vorbildrolle Deutschlands zu nutzen, um die Ziele des weltweiten Klimaschutzes weiter zu forcieren und durch die konsequente Förderung von Forschung und technologischer Weiterentwicklung zur Konkurrenzfähigkeit erneuerbarer Energien beizutragen.⁶

Angesichts der dringend gebotenen *Sorge für das gemeinsame Haus* (Papst Franziskus) fordert die AGV von den politischen Verantwortlichen ein konsequentes Festhalten an den getroffenen Klima- und Entwicklungsvereinbarungen, um die eine Welt für die kommenden Generationen als lebenswerten Raum erhalten zu können.

7. Migration und Christenverfolgung

Besondere Schwerpunkte der Außenpolitik sind für uns aus christlicher Perspektive die Erhaltung des Friedens, die Wahrung der Menschenrechte, insbesondere Religionsfreiheit, sowie die Verbesserung der Entwicklungshilfe und Lösungen für die weltweiten Migrationsprobleme.

⁵ Vgl. hierzu das AGV-Positionspapier zur „Post-2015-Agenda“ und zu einem neuen internationalen Klimaabkommen (2015)*

⁶ Vgl. hierzu das AGV-Positionspapier „Energie der Zukunft – Zukunft der Energie“ (2012)*

Die AGV ruft zu einer menschenwürdigen Unterbringung und Behandlung der Flüchtlinge in der EU auf.⁷ Menschen, die Hilfe und Schutz bedürfen, darf dies nicht verwehrt werden. Eine unkontrollierte und illegale Armutseinwanderung hilft jedoch keiner Seite weiter und führt erfahrungsgemäß eher zu einer ablehnenden Haltung in der Bevölkerung. Daher ist es in den Augen der AGV sinnvoller zu prüfen, inwiefern präventiv der Migration (zum Beispiel aus Nordafrika) mit Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort begegnet werden kann, etwa durch Bildungs- und Berufsqualifikationsprogramme, aber auch Wirtschaftshilfe und Ansiedlung von Industrie. Wir müssen den Menschen die Chancen eröffnen, eine Zukunft in ihrer Heimat für sich und ihre Nachkommen zu erkennen, wo sie von Gesellschaft und Familie oft dringender gebraucht werden, als niedrig bezahlte Arbeitskräfte ohne wirkliche Perspektive in der EU.

Mit besonderer Sorge betrachten die katholischen Studentenverbände die massive weltweite Verfolgung und Diskriminierung von Christen, die die mit Abstand am meisten verfolgte und diskriminierte religiöse Gruppe bilden.⁸

Sie brauchen unsere Solidarität und wir fordern ein stärkeres Engagement sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie auch der Europäischen Union. Dies beinhaltet die Aufgabe, auf die tatsäch-



⁷ Vgl. hierzu das AGV-Positionspapier „Christliche Barmherzigkeit – Realistische Politik“ (2016)*

⁸ Vgl. hierzu das AGV-Positionspapier „Aspekt: Religionsfreiheit“ (2017)*

liche Durchsetzung der Religionsfreiheit und anderer Menschenrechte als Indikator für eine freiheitliche Gesellschaft in betroffenen Staaten zu achten und diese einzufordern, und verlangt eine entschiedene Haltung gegenüber den Ländern, die Christen an der freien Ausübung ihrer Religion hindern oder sie aufgrund ihres Glaubens diskriminieren. Die Einforderung des Rechts auf Religionsfreiheit und die Ermöglichung eines friedlichen Zusammenlebens der Angehörigen verschiedener Religionen gilt für alle bedrängten religiösen Minderheiten.

8. Den europäischen Gedanken stärken

Die AGV bekennt sich zur europäischen Integration.⁹ Vor sechzig Jahren wurden am 27. März 1957 in der italienischen Hauptstadt die Römischen Verträge unterzeichnet und damit der Grundstein für Europa in seiner heutigen Form gelegt – Auftakt zur längsten Friedensperiode in der europäischen Geschichte. Mit diesen Verträgen wurde ein gemeinsamer Markt geschaffen, in dem Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren können – Voraussetzung für Wohlstand und Stabilität für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch können wir auf eine unvergleichliche Erfolgsgeschichte zurück blicken: In 60 Jahren ist eine Union gewachsen, die Wert auf friedliche Zusam-

⁹ Vgl. hierzu den AGV-Standpunkt Nr. 15 „Unsere Zukunft in Europa“(2014)*

menarbeit, Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Solidarität zwischen den europäischen Nationen und Völkern legt. Doch die Erfolge geraten zunehmend in Vergessenheit angesichts von Finanzkrisen, Flüchtlingsmigration, Brexit und Populismus. Mit Sorge stellen wir uns die Frage: Wie bedroht ist die EU? Gefährdet der zunehmende Nationalismus den Zusammenhalt der Mitgliedsländer? Wohin steuert Europa?

An der rasanten Radikalisierung des politischen Lebens wirkt vieles bedrohlich. In der Öffentlichkeit dürfen aber nicht nur die destruktiven und zerstörerischen Stimmen zu Wort kommen. Die katholischen Studentenverbände wollen einen Beitrag dazu leisten, dass es auch weiterhin ein vereintes, demokratisches Europa gibt – ein Europa, in dem die Achtung der Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt selbstverständliche Grundlage des Gemeinwesens sind.

Das vereinte Europa ist nicht nur das Europa des Euro, der Banken, der Wirtschaft und der Institutionen. Vielmehr müssen wir uns auch zurückbesinnen auf Europa als Wertegemeinschaft. Die europäische Integration basiert auf einem gemeinsamen kulturellen europäischen Erbe, welches zu bewahren unbedingte Voraussetzung für die Zukunft Europas ist: Die christlich-abendländische Kultur und die auf ihr fußende europäische Werteordnung in Kombination mit den historischen Errungenschaften der Aufklärung, die sich auch auf das christliche Wertefundament zurück bezieht.

Der emeritierte Papst Benedikt XVI. definierte die europäische Identität in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22. September 2011 wie folgt: *„Die Kultur Europas ist aus der Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom – aus der Begegnung zwischen dem Gottesglauben Israels, der philosophischen Vernunft der Griechen und dem Rechtsdenken Roms entstanden. Diese dreifache Begegnung bildet die innere Identität Europas.“* Die Rück-

besinnung auf dieses Werteverständnis kann zur Ausbildung eines normativ gehaltvollen und zugleich emotional attraktiven europäischen Selbstverständnisses beitragen.

Hier fühlt die AGV sich auch dem Erbe des ehemaligen französischen Aussenministers Robert Schuman und des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer – beide waren Mitglieder der katholischen Studentenverbände und zählen zu den Gründungsvätern der europäischen Einheit – verpflichtet, die mit ihrer Vorstellung

von einem modernen, demokratischen und vor allem friedlichen Europa die Idee des christlichen Abendlandes weiterentwickelt haben.

Wir sind überzeugt, dass die Mehrzahl der Menschen an die Grundidee der Europäischen Union sowie ihre Reformierbarkeit

und Weiterentwicklung glaubt und sie nicht nationalistischen Tendenzen opfern möchte. Es geht um nichts Geringeres als die Bewahrung eines Bündnisses zur Sicherung des Friedens und zur Gewährleistung von individueller Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit.

Vor allem für die jüngere Generation steht hier viel auf dem Spiel. Wir sind für das Scheitern oder das Gelingen unserer Zukunft mitverantwortlich. Wir müssen sichtbare Zeichen setzen. In diesem Zusammenhang begrüßen und unterstützen wir die Initiative *Pulse of Europe*, die frei von Parteibindung in vielen europäischen Städten Menschen auf die Straßen und Plätze bringt, um für Europa zu demonstrieren, und rufen unsere Mitglieder auf, sich zu beteiligen und eine proeuropäische Protestkultur mit aufzubauen. Europa darf kein „Schattenthema“ mehr sein, sondern muss im Bundestagswahlkampf 2017 eine zentrale Rolle spielen.

Der Jugend muss in Fragen der Ausgestaltung, der Schwerpunktsetzung und der Zukunft allgemein im Rahmen der Europäischen Union ein verstärktes Gehör geschenkt werden. Verlieren junge Menschen den Glauben an ihre Zukunft in Europa, so verlieren sie auf Dauer auch den Glauben an ein geeintes Europa. Mit Sorge betrachtet die AGV die dramatische Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit, welche sich insbesondere in den südeuropäischen Staaten zu einem gefährlichen Problem entwickelt hat.

Europa muss sich positiv definieren, wenn es Zukunft haben will. Die Europäische Union darf für die Menschen in unserem Land

nicht zu einem Synonym für eine stetige Kette von wirtschaftlichen und politischen Krisen verkommen. Ein Europa, das sich der wirklich drängenden Belange von Menschen und Politik annimmt, führt zu einem für die Menschen spürbaren europäischen Mehrwert.

Schlussbemerkung

Wahlkampf in Zeiten von Globalisierung und Populismus

Die AGV ruft im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 zu einem respektvollen Umgang der politischen Parteien miteinander und einem sachlichen Wahlkampf auf, der die Themen und Inhalte in den Fokus stellt – nicht ausschließlich die Personen. Der Wahlkampf muss frei bleiben von Hetze und Aggression gegen Andersdenkende oder Minderheiten. Wir verurteilen religiösen Extremismus ebenso wie politischen Links- und Rechtsextremismus.

Die Politik muss kenntlich machen, inwiefern sie mit ihrem Wirken für das Gemeinwohl der Menschen in unserem Land handelt – nicht in der Form einer Belehrung, sondern einer argumentativen Rechtfertigung. Es gilt auf die Anmaßung absoluter Wahrheiten oder Antworten, auf die Postulierung vermeintlich vollkommener Lösungen zu verzichten. Demokratische Entscheidungen bauen stets auf Meinungs austausch und Kompromissbereitschaft auf. Die Menschen verlangen nach sachlichen, ehrlichen und klaren Antworten auf die drängenden und teils auch Ängste betreffenden Fragen unserer Tage.

Die Folgen der Globalisierung verunsichern die Menschen. Mehr als je zuvor sehen und spüren wir in Deutschland die Konsequenzen internationaler Krisen, Konflikte und Entwicklungen. Diese Wahrnehmung wird oftmals als Ohnmacht empfunden und lässt die Menschen nach Halt suchen – Gefühle, die nicht als *postfaktisch* verunglimpft und beiseite gewischt werden dürfen. Vielmehr erfordern sie einen klugen und sorgsamen Umgang, will man diesen wachsenden Kreis an Wählerinnen und Wählern nicht in die Hände von Populisten treiben.

Demokratie braucht keine Zuschauer, sondern Gestalter. Deshalb fordern wir alle Wahlberechtigten, insbesondere die studentische Jugend, auf, sich aktiv an der nächsten Bundestagswahl zu beteiligen und ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Ein demokratischer Staat braucht eine ihm entsprechende demokratische Gesellschaft, die von ihren Rechten Gebrauch und sich die Grundentscheidungen der Demokratie zu Eigen macht und aus ihnen lebt.

*Die im Text aufgeführten Standpunkte und Positionspapiere der AGV sind unter www.agvnet.de/content/standpunkte abrufbar.

Kontakt

Arbeitsgemeinschaft katholischer
Studentenverbände (AGV) e.V.

AGV-Geschäftsstelle
Luisenstraße 36
53129 Bonn

www.agvnet.de
info@agvnet.de

ISBN: 978-3-9817966-0-5